

**Husumer Nachrichten 4.3.2022**

**Tatinger entscheiden über Solarpark**

**Gemeinderat formuliert Text für Abstimmung am 8. Mai**

*Udo Rahn*



In Tating gibt es bereits einen Solarpark. Foto: Volkert Bandixen

Am Tag der Landtagswahl am 8. Mai haben Tatings Einwohner einen weiteren Stimmzettel in der Hand. Was in vielen anderen Gemeinden den politischen Gremien und Bürgermeistern vorgeworfen wird, nämlich Bürger nicht ausreichend zu beteiligen, soll in Tating nicht passieren. Die Einwohner sollen bestimmen, ob sie eine weitere Photovoltaik-Freiflächenanlage wollen oder nicht. Die in der Gemeinde geplante soll eine Größe von 5,5 Hektar bekommen.

Mit zwei Gegenstimmen gaben die Gemeindevertreter in ihrer jüngsten Sitzung grünes Licht für einen Bürgerentscheid. Ebenfalls mit zwei Gegenstimmen formulierten sie die alles entscheidende Frage dazu: „Stimmen Sie folgendem Beschluss zu? Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Tating beschließen die Aufstellung der 13. Flächennutzungsplanänderung und des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16 für das Gebiet südlich der Bahnlinie Tönning – St. Peter-Ording, östlich der Straße Geestgraben und westlich des Plattenspurweges und der Straße Süderdeich. Es werden folgende Planungsziele verfolgt: die Ausweisung von Flächen für ein Sondergebiet für PV-Anlagen.“ Alle wahlberechtigten Bürger werden noch ein Schreiben mit Erläuterungen erhalten.

Zum Standpunkt des Gremiums erklärte Bürgermeister Hans Jacob Peters, dass es viele Bedenken aus der Einwohnerschaft nach der Vorstellung der Anlage durch den Planer gegeben habe. Daher wolle man die Entscheidung in die Hand der Bürger geben.

Für und Wider zum Vergleich

Gegen den Antrag beziehungsweise den Bau einer solchen Anlage sprächen

Auswirkungen auf die gesamte Umwelt und das Landschaftsbild innerhalb der Kommune.

Für den Antrag spreche dagegen ein durch den Klima- und Energiewandel erhöhter Bedarf an regenerativer Energie, der durch Photovoltaik und Wind gedeckt werden muss. „Die Abwägung zwischen erneuerbarer Energie und Landschaftsschutz, Tourismus und Erholung sowie wirtschaftlichem Nutzen für die Eiderstedter Landschaft ist nur über die Bürgerbeteiligung möglich“, so Peters.

Bürgermeister verweist auf Einnahmen

Er selbst wolle nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass der Kommune in Anbetracht der Fehlbedarfseigenschaft künftige Einnahmen von 0,2 Cent pro Kilowattstunde – also in fünfstelliger Höhe jährlich – für die Einspeisung zugutekämen. Sie blieben zu 100 Prozent in der Gemeindekasse. Zudem kämen Gewerbesteuererinnahmen hinzu, denn der Sitz des Unternehmens bleibe in der Kommune. Dieses

Geld würde letztendlich in die Entwicklung Tatings fließen.